



Wissen wirkt weiter

Baden-Württembergs Hochschulen im Dialog über die Zukunft des Wissenschaftstandorts

28.10.2025 | Unter dem Motto „Wissen wirkt weiter“ haben Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik in Stuttgart über die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg diskutiert. Unter der Moderation von Stephan Ferdinand wurde deutlich: Die Themen reichen von Finanzierung und Bürokratieabbau über Demokratiebildung bis hin zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigungsforschung.

Wissenschaftsministerin Petra Olschowski hob die Bedeutung des kontinuierlichen Austauschs zwischen Politik, Hochschulen und Gesellschaft hervor: „Ein großer Trumpf Baden-Württembergs ist unsere sehr ausdifferenzierte Hochschullandschaft. Mit Blick auf die Zukunft ist es essenziell, dass wir unsere Kräfte bündeln und die Hochschularten übergreifend sowie interdisziplinär zusammenarbeiten – so kann jede ihre eigenen Stärken einzubringen. Wichtig ist, die Gesellschaft dabei mitzunehmen und sie für die Zukunftsthemen zu begeistern, an denen unsere Hochschulen forschen und zu denen sie lehren.“

Mit Blick auf demokratische Herausforderungen plädierte Olschowski für starke Verbünde und Allianzen, die wissenschaftlich und gesellschaftlich wirken können. Eine „Konsolidierung“ im Sinne von Hochschulschließungen werde es laut ihr nicht geben, wohl aber eine stärkere Clusterbildung nach inhaltlichen Schwerpunkten – insbesondere in Feldern wie Sicherheit und Verteidigung.

Hochschulen als Motor für Demokratie, Transfer und Wohlstand

Prof. Dr. Martina Klärle, Präsidentin der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW), betonte die enge Verbindung der DHBW zu den Unternehmen des Landes als zentrales Alleinstellungsmerkmal – warnte aber davor, diese besondere Partnerschaft als selbstverständlich hinzunehmen. „Die wirtschaftliche Lage beeinflusst die Bereitschaft vieler Betriebe, in Studierende zu investieren. Wir müssen die Unternehmen ermutigen, weiterhin in junge Menschen zu investieren“, so Klärle. Prof. Dr. Stephan Trahasch, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der HAW in Baden-Württemberg und Rektor der Hochschule Offenburg, unterstrich, dass eine lebendige Demokratie

vom gesellschaftlichen Zusammenhalt lebe. Investitionen in Studierendenwerke, Forschung und Transfer seien daher Investitionen in die Zukunft. Mit Blick auf das sinkende Interesse an MINT-Fächern im eigenen Land, aber die hohe Nachfrage internationaler Studierender, plädierte er deutlich für die Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende. „Wir brauchen Offenheit für internationale Talente statt Zugangshürden.“

Mit Blick auf die Lehrerbildung betonte Prof. Dr. Jörg-U. Keßler, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen und Rektor der PH Ludwigsburg: „Bei den meisten Herausforderungen an der Schnittstelle von Hochschul- und Schulpolitik herrscht Einigkeit darüber, dass es akuten Handlungsbedarf gibt. Bei der Umsetzung wünschen sich die Pädagogischen Hochschulen ein ressortübergreifendes Engagement aller Akteure im neu gegründeten Verbund für Lehrkräftebildung, sei es bei der Etablierung neuer Standards etwa für Digitalisierung, sei es bei der Sicherung einer qualitätvollen Lehrkräftebildung oder auch in Mangelfächern.“ Keßler warnte in diesem Zusammenhang vor einer wachsenden Skepsis gegenüber Wissenschaft: „Zweifel und gefühlte Wahrheiten gefährden die Demokratie.“ Frühkindliche Bildung und Sprachförderung seien daher entscheidend, um Grundlagen für wissenschaftliches Denken zu legen. Zudem müsse das Bild des Lehrerberufs verbessert und Lehrkräfte stärker entlastet werden, um sich wieder auf Bildungsinhalte konzentrieren zu können.

Bürokratieabbau als Daueraufgabe

Deutliche Worte fand Prof. Dr. Michael Weber, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz Baden-Württemberg und Präsident der Universität Ulm, zur zunehmenden Bürokratisierung an Hochschulen: „Das Land sollte Vertrauen in die Universitäten und ihre gelebte Fehlerkultur haben. In der Wissenschaft ist es selbstverständlich, aus Fehlern zu lernen und kreative Lösungen zu finden. Für eine erfolgreiche Entbürokratisierung halten wir es für wichtig, Hochschulen mehr Eigenverantwortung zuzutrauen. Eine zu enge Kontrolle im Sinne umfassender Berichtspflichten bremst die Entwicklung neuer Ideen und ihren Transfer in die Praxis aus“, kritisierte Weber. Die Landespolitik nahm den Ball auf. Diskutiert wurden Vorschläge, um doppelte Datenerhebungen zu vermeiden, Berichtspflichten zu reduzieren und digitale Systeme zu verbessern. Entlastungsallianzen könnten zudem die Eigenverantwortung der Hochschulen stärken. „Das Ziel muss sein, Prozesse schlanker zu machen“, bekräftigte Wissenschaftsministerin Olschowski.

Bildungsgerechtigkeit, Vertrauen und Verantwortung

In der anschließenden Fragerunde ging es unter anderem um die Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende, das Vertrauen zwischen Politik und Hochschulen sowie um den gesellschaftlichen Wert von Bildung und Forschung. Andreas Schwarz (Bündnis 90/Die Grünen) forderte mehr finanzielle Planbarkeit und Ver-

trauen in die Hochschulen. Timm Kern (FDP) und Alexander Becker (CDU) warben für den Abbau von Silodenken und die Entwicklung neuer Allianzen, etwa in Form von Innovationscampus-Strukturen. Gabi Rolland (SPD) betonte, dass Medienbildung und Demokratiebildung in der allgemeinen Bildung fest verankert werden müssten, auch in der Hochschullehre. Bildung aber fange bereits in der Kindestagesstätte an. „Ich weiß nicht, ob das in Baden-Württemberg verstanden wurde“, so Rolland.

Trotz unterschiedlicher Akzente herrschte Einigkeit: Bildung und Wissenschaft sind zentrale Investitionen in Wohlstand und Demokratie. „Ich kann nur wirtschaftlich bestehen, wenn ich in Bildung investiere“, betonte Schwarz. Mit der Veranstaltung „Hochschulen im Dialog“ setzen die Hochschulen ein klares Signal für Zusammenarbeit über institutionelle Grenzen hinweg. Ziel ist es, Synergien zwischen den Hochschularten weiter zu nutzen und gemeinsame Interessen gegenüber Politik und Gesellschaft zu bündeln. „Unsere Hochschulen stehen gemeinsam für exzellente Bildung, gesellschaftliche Verantwortung und Innovation – Wissen wirkt weiter, wenn wir es teilen“, so das gemeinsame Fazit.

Hintergrund

„Hochschulen im Dialog“ ist eine gemeinsame Initiative der Landesrektorenkonferenzen der Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Pädagogischen Hochschulen und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Das Format stärkt den hochschulübergreifenden Austausch mit Politik und Öffentlichkeit und trägt dazu bei, den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg nachhaltig zu positionieren.